Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 2

Artikel: Hat die Marktwirtschaft ausgedient?
Autor: Letsch, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163919

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HANS LETSCH

Hat die Marktwirtschaft ausgedient?

Wenn hier von Marktwirtschaft die Rede ist, so wird darunter nicht der längst überholte Manchester-Liberalismus des letzten Jahrhunderts verstanden, sondern die sogenannte Soziale Marktwirtschaft, wie sie sich vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeprägt hat. Ihr geistiger Vater, Prof. Müller-Armack, hat in einem, gemeinsam mit einem weiteren Architekten des deutschen Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, herausgegebenen Buch die wichtigsten Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft wie folgt umschrieben:

«Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf der Funktion eines beweglichen und sich dynamisch entwickelnden Marktes . . . Sie ist angetreten mit dem Anspruch, durch den marktwirtschaftlichen Prozess nicht nur die Gütererzeugung anzuheben, den Bereich persönlicher freier Gestaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen zu erweitern, sondern auch soziale Fortschritte zu bringen . . . Die Soziale Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem starken, demokratischen Staat die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Ordnung. . . . Es wäre deshalb eine Farce, nur den unbeeinflussbaren Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten. Das bedeutet keineswegs ein Hinüberwechseln aus dem Markt in den staatlichen Bereich, weil die Mittel, die der Staatshaushalt transformiert, von der wirtschaftlichen Leistung des Marktes abhängig bleiben und marktkonform sein müssen. Es muss die Grenze eingehalten werden, deren Überschreitung eine Störung der Marktvorgänge bewirkt.»

Diese Soziale Marktwirtschaft ist Gegenstand der folgenden Überlegungen.

Imposanter Leistungsnachweis

Es war und ist weitgehend auch heute noch üblich, die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft am sogenannten *Bruttosozialprodukt,* also der Gesamtheit

der von einer Volkswirtschaft erarbeiteten Güter und Dienstleistungen, zu messen. Je mehr Güter und Dienstleistungen eine Wirtschaft pro Kopf der Bevölkerung und real, d. h. unter Ausschaltung der Geldentwertung, erbringt, als um so leistungsfähiger gilt sie. Zwar mehren sich in neuester Zeit die Vorbehalte gegenüber diesem Gradmesser der Leistungsfähigkeit. Ohne auf die Kritik näher einzugehen, sind zwei Ergänzungen ratsam. Erstens kommt der Zusammensetzung des Bruttosozialproduktes, insbesondere dem Anteil der Investitionen, beträchtliche Bedeutung zu, prägen diese doch in starkem Mass die künftige Leistungskraft der Wirtschaft. Zweitens vermögen andere Grössen, die für den Einzelnen konkreter und fassbarer sind als die eher abstrakte Globalgrösse Bruttosozialprodukt, vielleicht mehr darüber auszusagen, wie es um die Wirtschaft bestellt ist. Da ist an die Entwicklung der *Reallöhne,* der *Arbeitszeit* und der *Ferien,* an *Vollbeschäftigung* bzw. Arbeitslosigkeit, an sogenannte *Wohlstandsindikatoren* und schliesslich an *staatliche Leistungen verschiedenster Art* zu denken, die ja auch von der Wirtschaft im weitesten Sinn finanziert und getragen werden. Doch darf der Blick nicht auf diese für den «Konsumenten» sichtbaren Kriterien beschränkt bleiben. Entscheidend sind nicht bloss die Früchte von heute, sondern die Gesundheit des Baumes selber. Es gilt, *cash flow* und *Reserven, Forschungsaufwand* und *Investitionen* der Unternehmungen sowie Indikatoren miteinzubeziehen, die sich nicht in Zahlen fassen lassen, wie etwa *Innovationskraft, Risiko-* und *Leistungsbereitschaft,* das *politische* und *soziale Klima.*

Drei Stichworte

Welche *Merkmale* zeigt nun die bisherige Entwicklung? Drei Stichworte mögen genügen, um den imposanten Leistungsnachweis in Erinnerung zu rufen.

- Das reale Bruttosozialprodukt pro Einwohner hat sich massiv erhöht; es zählt weltweit zu den höchsten.
- Die Reallöhne der Arbeitnehmer sind sukzessive gestiegen; sie haben sich allein in der Nachkriegszeit mehr als verdoppelt. Die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Ferien wurden verlängert. Zahlreiche Wohlstandsindikatoren (z. B. die Zahl der Personenwagen, der Radio- und Fernsehapparate, der Telefonanschlüsse, der Maturitätszeugnisse, der Ärzte, je pro 1000 Einwohner) bestätigen den Fortschritt und den hohen Lebensstandard.
- Ein immer dichteres Netz der Sozialen Sicherheit, das die Wirtschaft gemeinsam mit dem Staat geknüpft hat, rundet das Bild ab.

Diese positive Bilanz muss indessen nicht bedeuten, wir seien am Ziel; sie darf nicht zu Selbstzufriedenheit verleiten. Noch sind Lücken zu schliessen. Und doch ist der Genfer Philosophin Jeanne Hersch zuzustimmen, die kürzlich zugab, dass die noch bestehenden Ungerechtigkeiten uns oft vergessen lassen,

«wie ausserordentlich gross der Fortschritt ist, der in den letzten Jahrzehnten verwirklicht wurde. Das katastrophale Reden vom Ungenügen und der Ungerechtigkeit im sozialen Bereich ist unberechtigt, wenn man die heutigen Zustände mit früheren Zeiten vergleicht. Wir haben im Westen einen Stand der Entwicklung erreicht, in dem die Menschen weniger zu leiden haben als je zuvor. Niemals haben so viele Menschen so zahlreiche Möglichkeiten gehabt, Menschen zu sein».

Sündenregister

Angesichts dieses imposanten Leistungsnachweises würde eigentlich die Vermutung naheliegen, die Soziale Marktwirtschaft wäre breiter Anerkennung gewiss. Doch weit gefehlt! «Die Marktwirtschaft ist zum grossen Sündenbock geworden, auf den sich bequem alles Unbehagen abladen lässt, nicht zuletzt das Unbehagen am Wohlstand, der dank der Marktwirtschaft überhaupt erst möglich geworden ist» (E. Tuchtfeldt). Wo liegen Ursachen dieser Kritik, und welches sind ernst zu nehmende Herausforderungen? Einige Stichworte müssen genügen.

Zahlreiche Vorwürfe sind wenig überzeugend. So lässt sich zwar nicht leugnen, dass im Laufe der letzten Jahrzehnte weltweit an Rohstoffen teils Raubbau getrieben und *Umweltschäden* sichtbar wurden. Zu Recht weist jedoch Prof. Binswanger darauf hin, dass der Ruf nach Ablösung des vermeintlich umweltfeindlichen marktwirtschaftlichen Systems durch eine angeblich umweltfreundlichere staatssozialistische Ordnung trügerisch sei. «Raubbau und Verschmutzung der Gewässer und der Luft sind auch in sozialistischen Ländern derart fortgeschritten, dass es unmöglich ist, in der Abschaffung der Marktwirtschaft bereits die Lösung des Problems zu sehen.» Wir können dieser Herausforderung auch im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft begegnen (vgl. Entwurf zu einem Umweltschutzgesetz).

Missbräuche irgendwelcher Art beschränken sich keineswegs nur auf marktwirtschaftliche Ordnungen. Natürlich gibt es sogar in unserem Land, wenn auch als Ausnahme, Rücksichtslosigkeit, mangelnde soziale Verantwortung oder Versagen. Es gibt einen Fall Chiasso, aber auch einen «Fall Hessische Landesbank». Wir kennen Missbräuche in staatlichen, gewerkschaftlichen, ja sogar kirchlichen und wohltätigen Institutionen unseres

Landes, gar nicht zu reden von Ausbeutung und Korruption in Ländern, die sich brüsten, den sogenannten Kapitalismus durch eine gerechtere Ordnung überwunden zu haben.

Selbst die angeblich *ungerechte Einkommensverteilung,* die der Marktwirtschaft vorgeworfen wird, bedarf der Relativierung. Abgesehen davon, dass auch diesbezüglich andernorts kaum geringere Unterschiede bestehen, tut man gut, sich immer wieder der Worte von Prof. Marbach zu erinnern (der bekanntlich den Gewerkschaften sehr nahe stand), wonach das kleine Stück eines grossen Kuchens absolut grösser sein kann als das grosse Stück eines kleinen Kuchens. Er wollte damit sagen, dass eine Ordnung, wie die Marktwirtschaft, die eine hohe Gesamtleistung erbringt, nicht nur einen höheren, sondern auch einen breiter gestreuten Wohlstand zu erbringen vermag als eine staatssozialistische Ordnung mit geringerer Produktivität. Die Entwicklung in unserem Land spricht diesbezüglich für sich. Winston Churchill hat es noch zugespitzter formuliert, als er sagte, das Laster des Kapitalismus sei die ungleiche Verteilung der Segnungen, die Tugend des Sozialismus jedoch die gleichmässige Verteilung des Elends!

Herausforderungen

Ernster als Schlagworte sind indessen mannigfaltige Herausforderungen sowie Gefahren aus der politischen und wirtschaftlichen Umwelt.

Leider wird oft verkannt, dass politische Chefideologen teils offen, teils versteckt «weiter an der Umgestaltung dieses Staates arbeiten wollen, solange, bis die Schweiz nicht mehr zu den kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder gehören wird». So äusserte sich der Parteipräsident der SPS, Nationalrat Hubacher, an einem schweizerischen Parteitag gegen Ende der siebziger Jahre. Auch einzelne Gewerkschaftsführer scheinen vergessen zu haben, was Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft diesem Land – und nicht zuletzt den Arbeitnehmern – gebracht haben. «Gewerkschaftliche Ziele müssen neue Dimensionen erhalten. Grundsätzliche Forderungen nach Veränderungen des Gesellschaftssystems sind notwendig» – liest man in der Gewerkschaftskorrespondenz Nr. 34/1978.

Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Müller, schlägt besonders forsche Töne an. Schon 1979 blies er zur «Selbstverwaltungsorgie, die (neuerdings) im Programmentwurf der SPS zelebriert wird» (NZZ vom 7./8. November 1981), und zwar mit folgenden Worten: «Selbstverwaltung, das ist ganz klar, bedeutet ein anderes Wirtschaftssystem.» Welches Wirtschaftssystem? Denkt er vielleicht an jenes von England oder Schweden oder ein noch staatsgläubigeres? *Das Ziel ist*

jedenfalls klar: Systemveränderung! Und daran sollte man denken, selbst wenn – glücklicherweise – die Basis, d. h. der Gewerkschafter im Betrieb wie auch der Angestellte im Büro, für systemsprengende Höhenflüge noch wenig zugänglich ist und im allgemeinen nüchtern und realistisch urteilt.

Gefährlicher als solche Visionen ist der *«beharrliche Marsch durch die Institutionen»*. Es sind die kleinen Schritte, mit denen Regierung und Parlament in unserer Konkordanz-Demokratie das dynamische, kreative Schaffen der Unternehmer, die Erarbeitung von Gewinnen und ausreichende Investitionen, alles wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft, erschweren. In diesem Zusammenhang ist zu erinnern an

- *die wachsende Fülle von Gesetzen, Geboten und Verboten,* mit denen Freiheit und Eigentum beschränkt, Investitions-, vor allem Bauvorhaben verzögert oder blockiert werden (einschliesslich die Energieversorgung);
- *die drückenden Fiskallasten,* einschliesslich der wachsenden Sozialabgaben, mit denen der Staat einen immer grösseren Teil des von der Wirtschaft erarbeiteten Kuchens wegdisponiert, und die ebenfalls den unternehmerischen Leistungswillen, Initiative und Risikobereitschaft lähmen;
- *«Kontrollen, wo das wirtschaftspolitische Auge hinschaut»* (NZZ vom 7./8. November 1981), also eine «staatlich sanktionierte Bevormundung», die davon ausgeht, privates Fehlverhalten sei die Regel, und staatliche Beamte, weitab der wirtschaftlichen Front, würden sachkundiger und «gerechter» entscheiden als verantwortungsbewusste, frontnahe Praktiker.

Wie aktuell und bedrohend diese Tendenzen sind, mögen einige Stichworte aus dem neuesten Forderungskatalog der Sozialdemokraten und anderer Kreise veranschaulichen, die wähnen, alles sei machbar, es brauche nur Gesetze: Preiskontrollen, Mietzinskontrollen, Hypothekarzinskontrollen, neue Steuern und Lohnprozente, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf Teuerungsausgleich usw. (Wer gewährt Selbständigerwerbenden und Aktionären ein Recht auf Teuerungsausgleich?)

Rauhere Umwelt

Doch wäre es einseitig, nur Herausforderungen aus der politischen Umwelt ins Auge zu fassen. Die *wirtschaftliche Umwelt* ist ebenfalls rauher geworden. Spätestens die schwerste Rezession der Nachkriegszeit, die uns Mitte der siebziger Jahre geschüttelt hat, machte deutlich, *dass die Bäume auch in der Wirtschaft nicht in den Himmel wachsen.* Mancher «Turm zu Babel», der in der Euphorie der Hochkonjunktur auf brüchigem Grund errichtet

worden war, brach zusammen wie ein Kartenhaus. Wer wähnt, die damit sichtbar gewordenen Strukturprobleme seien inzwischen bewältigt, täuscht sich. Folgende drei *Merkmale* dürften die nächste Zukunft prägen.

Erstens führen die meisten westlichen Industrienationen, die sich zum Teil schon recht weit von den Grundsätzen der Marktwirtschaft entfernt haben, einen fast ausweglos scheinenden Kampf gegen die wachsende *Arbeitslosigkeit.* Trotz unterschiedlicher Mittel setzen sich angesichts der rund 25 Millionen echten und unechten Arbeitslosen in den OECD-Staaten bei vielen unserer Handelspartner mehr und mehr Massnahmen durch, mit denen sie ihre eigene Wirtschaft gegen aussen abschirmen und schützen möchten. Von diesem sogenannten *Protektionismus* im weitesten Sinn wird insbesondere unsere Exportindustrie hart betroffen.

Zweitens dürften technische und weltwirtschaftliche Umwälzungen auch unsere Wirtschaft noch mehr als bisher herausfordern. Ein Stichwort heisst *Mikroelektronik,* ein anderes *knapper werdende Ressourcen.* Deren Verteuerung und insbesondere die *Ölpreispolitik* der erdölfördernden Staaten wird die Inflation schubweise weiter anheizen – gar nicht zu reden von den damit verbundenen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Problemen des Nord-Süd-Gefälles.

Drittens scheint die Anspruchsmentalität noch kaum gebrochen, und der Konsument nach wie vor nicht bereit zu sein, im staatlichen und privaten Bereich angemessene Preise zu entrichten. Solange zudem über unsinnige *Index-Mechanismen* vom Weltmarkt diktierte Preise oder Verbrauchssteuern im eigenen Land über sogenannte «Teuerungs»-Zulagen dem Konsumenten wieder zurückerstattet werden, solange sind und bleiben die *Unternehmungen die Geprellten.* Kein Wunder, dass zwar Umsätze und Arbeitsmarkt eine heile Schweizer Wirtschaft vortäuschen, aussagekräftigere Indikatoren jedoch bereits eine andere Sprache sprechen. *Gewinne und cash flow* sind auf weiten Strecken unausreichend. *Risikokapital* wird uninteressant und könnte eines Tages streiken. Die realen *Investitionen,* welche für die künftige Leistungskraft der Wirtschaft entscheidend sind, halten mit den technischen und betrieblichen Erfordernissen nicht Schritt. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt liegt noch unter dem 1974 erreichten Stand. Die *Arbeitsproduktivität* nimmt nur schwach zu. Gleichzeitig steigen die Kosten, vor allem die Personalkosten, in einem seit Jahren nicht mehr gekannten Tempo. Dazu kommen Verschiebungen in der *Bevölkerungsstruktur* mit ihren mannigfaltigen Auswirkungen, nicht zuletzt auf die Finanzierung der Sozialversicherung.

Angesichts solcher Zukunftsperspektiven mag es verständlich sein, ist es aus grundsätzlicher Sicht jedoch höchst bedauerlich, dass auch in Unternehmerkreisen der Flucht nach vorn über Umsätze um der Umsätze willen

da und dort so etwas wie eine *«Flucht nach Bern»* folgt. Weiss man selber nicht mehr weiter, soll dann doch der Bund helfen! Staatliche Impuls- und andere Programme heissen die Rezepte.

Liegen hier unsere Chancen?

Chancen

Wenn wir uns der eingangs genannten Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft erinnern, so dürfte die Antwort leicht fallen: *«Entscheidende Voraussetzung für die Meisterung der ökonomischen Probleme des Westens ist die Rückbesinnung auf die private Unternehmerinitiative»* – wurde am letztjährigen Davoser Management-Symposium zu Recht festgestellt. Das bedeutet eine Absage an den Mythos der staatlichen Machbarkeit. Wichtigste Träger der Sozialen Marktwirtschaft sind die *Sozialpartner*. Sie wissen um die Bedeutung der persönlichen Initiative und Verantwortung, die besser sind als Staatsgläubigkeit, staatlicher Zwang oder Verstaatlichungen. Die dominierende Stellung der Sozialpartner verdrängt zwar den Staat nicht, weist ihn aber in Grenzen. Er wird zur Hauptsache Ordnungsfunktionen für die innere und äussere Sicherheit wahrnehmen, durch Rahmenbedingungen, einschliesslich der erforderlichen Infrastruktur, den fairen Wettbewerb sicherstellen, Missbräuchen wehren, Härten im wirtschaftlichen Strukturwandel mildern und die angemessene soziale Sicherheit mittragen. Für den *Unternehmer* sollten drei Leitideen wegweisend sein.

Entscheidend für den Erfolg sind *Innovationskraft, Forschung und Entwicklung*. Diese können sich nur in Freiheit und im Leistungswettbewerb entfalten. Amtsstuben sind vom rauhen Wind der Konkurrenz, von Risiko, Gewinn und Verlust abgeschirmt. Sie bieten keinen guten Nährboden für kreatives Schaffen. Staatliche Hilfen in irgendeiner Form trügen und wirken bestenfalls kurzfristig. Das schliesst nicht aus, dass auch das Engagement als Beamter für den Staat – für unsern freiheitlich-föderalistischen Staat – faszinierend sein kann. Gerade die oben skizzierten Herausforderungen aus der politischen Umwelt erfordern starke Gegenpositionen schon in der Verwaltung.

Innere Stärke ist für die Unternehmungen wichtiger als äussere Grösse. Die Flucht nach vorn hilft nicht weiter. Heute werden oft – und zwar vielfach im Bestreben, die noch ungenügend abgebauten Kapazitäten besser zu nutzen – mit Hilfe sogenannter Kostenträger oder zu noch schlechteren Bedingungen Umsätze um der Umsätze willen erschuftet. Sogenannte Vorwärts-Strategien gelten als Vorwand. Die Gewinne sind aber vielfach unausreichend. Durch Preiskonzessionen will man, nicht zuletzt auf Ausland-

märkten, Fuss fassen, und spekuliert darauf, nachher dann die Preise schon anheben zu können. Solche Experimente helfen selten weiter. Es geht auch nicht an, Neues, selbst wenn dieses Erfolg verspricht, einfach auf Altes, unbekümmert um dessen Rentabilität, aufzustocken. Bestehendes ist immer wieder in Frage zu stellen. Bereiche, die zwar Leute beschäftigen, aber nur rote Zahlen produzieren, müssen, wenn auch mit der gebotenen sozialen Rücksichtnahme, eliminiert werden. Andernfalls blähen wir das Unternehmen auf. Wir werfen gutes Geld dem schlechten nach. Nur durch *Konsolidierung,* durch Festigung des Erreichten, lösen wir die Strukturprobleme und schaffen wir die *Voraussetzung für eine gesunde Fortentwicklung.*

Wir brauchen eine *Renaissance der Gewinne.* Diese sind unerlässlich für eine leistungsfähige Wirtschaft und die Erfüllung unserer sozialen Verpflichtungen. Ernest Mandel, ein sozialistischer Ideologe, weiss, weshalb er «sinkende Profitraten als eine wesentliche Voraussetzung sozialistischer Umgestaltung» bezeichnet. Ohne Gewinne sind Arbeitsplätze, materieller Wohlstand und soziale Sicherheit im Eimer. Auf dem Nährboden sozialer Unrast finden Systemveränderer mehr Anhang. Wohin aber haben solche Experimente geführt? Ausländische Beispiele sprechen für sich. Der Unternehmer hat wahrlich keinen Grund, sich zu schämen, wenn er Gewinne erarbeitet. Schämen muss er sich eher, wenn Gewinne ausbleiben, oder – was leider auch vorkommt – wenn respektable Gewinne und ein respektabler cash flow in ertragsschwachen oder gar in verlustbringenden Bereichen verpuffen. Von Auswüchsen geläutert und von Fesseln befreit, vermag die soziale Marktwirtschaft auch künftig ihren Leistungsnachweis zu erbringen, und zwar deshalb, weil sie die Marktkräfte nicht abwürgt, den Menschen mit seinen materiellen und immateriellen Bedürfnissen respektiert, den Staat in Schranken weist und wieder mehr an die Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber sich selber und seinen Mitmenschen appelliert.

Referat, gehalten an der Studientagung für Angestelltenfragen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz vom 13. November 1981 in Bern.